

Stabile Familien – Starke Kinder – Gesellschaft mit Zukunft

Beschluss des Landesparteitags der CDU Saar am 24. November 2007

1. Kinder sind unsere Zukunft - Familienpolitik als gesellschaftliche und politische Herausforderung

- Die Welt um uns herum verändert sich. Nicht nur die äußeren Lebensverhältnisse, sondern auch der Charakter der Lebensphasen und die Rolle der Generationen. In dieser Phase ist die Familie als Keimzelle unserer Gesellschaft unersetzlich. Dabei ist für uns Familie überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen. Sie ist der Ort, wo Partnerschaftlichkeit, Solidarität und der Sinn für Gerechtigkeit als zentrale Tugenden für ein gelingendes Zusammenleben gelebt und vermittelt werden. In ihr reift der Mensch zur Persönlichkeit heran und entfaltet sich zur Freiheit in Verantwortung. Familie ist nicht alleine die junge Familie mit kleinen Kindern oder Jugendlichen. Sie umfasst alle Generationen. Deshalb muss eine moderne Familienpolitik die Familie in all ihren Phasen betrachten; sie muss die gesamte heutige Lebenswirklichkeit von Familien und Kindern zur Kenntnis nehmen, um bestehende Benachteiligungen und Ungerechtigkeiten nachhaltig zu korrigieren.
- Kinder sind unsere Zukunft! In der aktuellen Entwicklung ist jedoch leider ein Auseinandertriften von Anspruch und Wirklichkeit festzustellen. Unsere Einwohnerzahlen gehen überall stark zurück. Das Saarland ist früher und stärker als andere Bundesländer von diesem Bevölkerungsrückgang betroffen. Eines der Hauptprobleme sind die geringen Geburtenzahlen: Wurden im Saarland zu Beginn der 60er Jahre noch über 20.000 Geburten pro Jahr gezählt, so waren es 2006 gerade noch knapp 7.300, also nur noch ein Drittel. Bis 2020 wird ein Rückgang auf 974.400 Saarländerinnen und Saarländer erwartet; das sind dann 76.000 Einwohner weniger als 2005. Zwar werden wir auch weiterhin zu den am dichtesten besiedelten Regionen Europas gehören; dennoch können und dürfen wir diese Entwicklung nicht einfach hinnehmen. Wir müssen diesen Trend stoppen und auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen umsteuern. Dafür brauchen wir vor allem Rahmenbedingungen, die es der jungen Generation erleichtern, sich für Kinder zu entscheiden. Nur dann wird sich ein Mentalitätswandel einstellen.
- In einem reichen Land wie Deutschland dürfen Kinder kein Armutsrisiko darstellen. Dennoch sind bundesweit etwa 2,2 Mio. Kinder von Armut betroffen; mit rund 24.000 Kindern, einem Viertel der Kinder unter 15 Jahre, die Sozialgeld nach dem SGB II beziehen, liegt das Saarland im bundesweiten Durchschnitt. Unberücksichtigt sind bei dieser Zahl diejenigen Kinder, die Leistungen nach dem SGBXII oder dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, sowie die Kinder von Niedriglohnbeziehern und aus überschuldeten Familien. Insbesondere bei in Trennung befindlichen Familien, Alleinerziehenden und kinderreichen Familien gibt es in Deutschland eine überdurchschnittliche Armutsbetroffenheit. Damit ist fast jedes siebte Kind von Armut bedroht oder betroffen. Armut bedeutet jedoch nicht nur finanzielle Armut; Armut bedeutet darüber hinaus die Erfahrung von Abhängigkeit, Minderwertigkeit und Benachteiligung; sie betrifft alle elementaren Lebensbereiche von Kindern – Wohnverhältnisse, Bildungssituation und Gesundheit.

2. Kinderarmut bekämpfen, Wahlfreiheit ermöglichen, Integration fördern – Strategien für eine gute Zukunft für Familien in einer sich verändernden Welt

- Familie hat Zukunft – ungeachtet vieler Probleme, Risiken und Hindernisse, die mit diesem Lebensmodell auch verbunden sind. Auch für junge Menschen im Saarland ist die Familie immer noch das Lebensmodell mit der stärksten Attraktivität. Es ist aber nicht die Aufgabe des Staates, die unterschiedlichen Lebensformen und Lebensstile, in denen Familie gelebt wird, vorzuschreiben. Der Staat muss die Rahmenbedingungen so gestalten, dass es auch heute unter den sich wandelnden Bedingungen für Menschen möglich und attraktiv ist, Familien zu gründen. Die CDU setzt dabei auf das Prinzip der Wahlfreiheit. Echte Wahlfreiheit muss schon dann greifen, wenn junge Eltern sich noch in Ausbildung und Studium befinden.
- Die Entscheidung für Ehe und Familie ist eine höchstpersönliche Entscheidung; allerdings haben wir die politische Verpflichtung, familienbedingte Benachteiligungen zu korrigieren, echte Wahlfreiheit zu ermöglichen sowie für eine partnerschaftliche Aufteilung familiärer und erwerbsorientierter Aufgaben die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Moderne und nachhaltige Familienpolitik muss zum Ziel haben, dass Kinder ihr Leben auf der Basis eigener Fähigkeiten und Kompetenzen selbstständig entwickeln können. Eine verbesserte Betreuung ist daher nicht nur ein Beitrag zu mehr Wahlfreiheit, sondern auch zu mehr Chancengleichheit für Kinder, die in benachteiligten Situationen leben; damit werden die Chancen für den Start ins Bildungsleben verbessert und das kompensiert, was ein Teil unserer Familien in der Erziehung ihrer Kinder nicht mehr leisten kann.
- Wir als christliche Demokraten werden es nicht hinnehmen, dass es trotz aller finanziellen Leistungen für Familien in einem reichen Land wie Deutschland immer noch arme Kinder gibt. Deshalb werden wir entschlossen gegen Kinderarmut angehen. Hierbei stellt sich die Frage nach der Wirksamkeit und Nachhaltigkeit unserer bisherigen Familienpolitik und unserer Unterstützungsleistungen für Eltern und Kinder. Familien brauchen eine tragfähige wirtschaftliche Basis, um in unserer Gesellschaft bestehen und Kindern stabile Entwicklungsperspektiven bieten zu können; dies kann, muss allerdings nicht zwingend und in jedem Fall die Verfügbarkeit über zwei Erwerbseinkommen voraussetzen. Auch deshalb sieht die CDU Saar im Ausbau der Tagesbetreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren eine wichtige Voraussetzung, um erfolgreich zur Milderung oder Bekämpfung der Auswirkungen von Eltern- und Kinderarmut anzugehen.
- Kinder mit Migrationshintergrund gehören zur Gruppe der häufig von Armut betroffenen Kinder. Hier sind im Grunde die gleichen Ziele im Hinblick auf Kinderbetreuung und Förderung in Kindertagesstätten zu verfolgen, um den Kindern mit Migrationshintergrund Chancengleichheit in unserer Gesellschaft zu ermöglichen. Dass diese Familien dies nicht von vorneherein ablehnen, zeigt die Tatsache, dass das Saarland im dritten beitragsfreien Kindergartenjahr eine Besuchsquote von Migrantenkindern in Höhe von 96 % ausweist. Je früher die Kinder Zugang zu den gesellschaftlichen Ressourcen (Kinderkrippen, Kindertagesstätten) haben, desto größer sind ihre Chancen, zukünftig höhere Bildungsabschlüsse zu erreichen. Wir sehen auch hier das Instrument der Betreuungsgutscheine für sozial schwache Familien als geeignetes Mittel, die Integration und Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund zu erreichen.

3. Von der quantitativen zur qualitativen Verbesserung – Unser Programm für mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit im Saarland

- Wir wollen den Menschen nicht vorschreiben, wie sie zu leben haben. Wir wollen ihnen vielmehr die Möglichkeit geben ihr Leben nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Deshalb setzt sich die CDU Saar für den bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsinfrastruktur ein. Dies ist eine gemeinsame Aufgabe der kommunalen, staatlichen und freien Träger. Schon heute liegen wir im Saarland in Bezug auf die Betreuungssituation der Kinder unter 3 Jahren mit einer Quote von über 10% an der Spitze der westdeutschen Flächenländer. Das reicht aber nicht aus. Bis 2013 werden wir daher im Saarland für jedes dritte Kind unter 3 Jahren eine Betreuungsmöglichkeit schaffen. Dazu ist es notwendig, rund 5000 zusätzliche Betreuungsplätze zu schaffen.
- Dabei setzen wir auf eine Mischung aus Kindertageseinrichtungen und einem sie ergänzenden Netzwerk ambulanter Betreuung durch Tagesmütter und -väter. Sie sollen insbesondere die Betreuung zu Randzeiten sicherstellen. Beide Systeme stehen nicht in Konkurrenz zueinander, sondern ergänzen sich. Die CDU Saar fordert alle Verantwortlichen auf, sich zügig auf einen Ausbauplan zu verständigen. Sie fordert die Landesregierung auf, gerade zum Aufbau und zur Koordinierung der Tagespflege eine entsprechende Servicestelle zu schaffen.
- Die Betreuungsinfrastruktur muss ein nahtloses System für alle Altersgruppen bilden. Deshalb ist es wichtig, auch im Kindergartenbereich mehr Plätze als bisher in Ganztagsplätze umzuwandeln. Es geht jedoch nicht nur um die Quantität, sondern auch um die Qualität der Betreuungsangebote und -strukturen. Alle Untersuchungen zeigen, dass die entscheidenden Grundlagen für eine positive Bildungsentwicklung in den frühen Jahren gelegt werden. Deshalb sind Kindertageseinrichtungen nicht nur Betreuungseinrichtungen, sondern auch Bildungseinrichtungen. Es geht nicht darum, Kinder früher in die Schule zu bringen, sondern die Bildung früher zu den Kindern. Die CDU Saar begrüßt deshalb, dass im Saarland mit dem K3 ein von allen akzeptiertes Bildungsprogramm für den Kindergarten entwickelt worden ist. Dies muss nun konsequent umgesetzt werden, dazu müssen die Fachkräfte durch eine qualifizierte Ausbildung in die Lage versetzt werden. Deshalb war die Einrichtung eines Studiengangs zur kindlichen Frühpädagogik an der HTW und die Verbesserung der Erzieher- und Erzieherinnenausbildung ein konsequenter Schritt, dem allerdings weitere folgen müssen.

4. Betreuungsangebote und Wahlfreiheit – Zwei Seiten der gleichen Medaille

- Ebenso müssen die Anstrengungen bei schulbegleitenden Betreuungsstrukturen weiter ausgebaut werden. In den letzten Jahren ist es der CDU-geführten Landesregierung gelungen, an fast allen Grundschulen, allen Gesamtschulen, 90% aller Gymnasien und 75% der Erweiterten Realschulen ein freiwilliges Ganztagsschulangebot zu errichten. Dafür ist der Haushaltsansatz der SPD-Vorgängerregierung von 150.000 Euro auf insgesamt 5 Mio. Euro vervielfältigt worden.
- Darüber hinaus werden in den kommenden Jahren die Zuschüsse an die Träger der Freiwilligen Ganztagschulen verdreifacht und die Lehrerstunden nahezu verdoppelt werden. Aber auch hier gilt: Die Aufbauanstrengungen werden sich nicht nur im quantitativen Ausbau der Betreuungsinfrastruktur erschöpfen; vielmehr müssen wir die Qualität in den Einrichtungen weiter verbessern. Notwendig ist ein Dreiklang aus Familie – Betreuung – Bildung. Deshalb fordert die CDU Saar die Landesregierung auf, das pädagogische Konzept der freiwilligen Ganztagschule weiter zu entwickeln. Dabei sollen die vor Ort gegebenen Konzepte für außerschulische Bildung etwa durch Vereine, musisch-kulturelle Einrichtungen oder Unternehmen unverändert mit einbezogen und ausgebaut werden können.
- Außerdem sollen die Schulen und Freiwilligen Ganztagschulen in den jeweiligen lokalen Bündnissen für Familie als wichtige Akteure mitwirken. In diesen Dreiklang gehört auch die Verzahnung von Schule und Jugendhilfe. Die CDU-Landesregierung hat deshalb den Einsatz von Schoolworkern (Fachkräften für schulpsychologische Sozialarbeit) auf den Weg gebracht. Diese Ansätze müssen weiter ausgebaut werden. Dort wo Horte als Einrichtung der Jugendhilfe und Freiwillige Ganztagschulen kooperieren können, soll diese Kooperation ermöglicht werden. Gleichzeitig ist die Vernetzung mit funktionierenden Gemeinwesenprojekten freier Träger anzustreben und sicher zu stellen.
- Um dem Problem wachsender Armut und inhärenter Bildungsarmut gegenzusteuern, wird die Landesregierung aufgefordert, zur Bekämpfung der Bildungsarmut in Brennpunktstadtteilen die Vor- und Nachteile der Einrichtung von verpflichtenden Ganztagsgrundschulen sowie anderer Instrumente zu prüfen, so dass für alle Kinder die Teilhabe an Lebenswelten sichergestellt wird, die ihnen sonst verschlossen bleibt.

5. Zukunft für Familien – Verantwortung von Politik und Bürgergesellschaft

- Die CDU Saar begrüßt deshalb, dass in der saarländischen Landesregierung alle die Familien betreffenden Felder in einem Ressort gebündelt sind. Sie setzt sich darüber hinaus dafür ein, in allen Kreisen und Gemeinden des Landes „Lokale Bündnisse für Familien“ einzurichten und aktiv zu fördern. Sie dienen dazu, den konkreten Lebensraum familiengerecht und freundlich zu gestalten. Insbesondere bei der Anpassung des Landes an die demographische Entwicklung müssen die Anliegen der Familien sowohl mit Kindern, als auch mit älteren Angehörigen vorrangig berücksichtigt werden.
- Die CDU Saar fordert deshalb die Einrichtung einer Servicestelle, die Unternehmen bei Fragen der Umsetzung von familienfreundlichen Strukturen hilft. Darüber hinaus fordert sie die Landesregierung auf, dort wo sie als Arbeitgeberin Verantwortung trägt, die Rahmenbedingungen für eine Vereinbarkeit der Familienverpflichtungen mit den Arbeitsverpflichtungen weiter zu verbessern. Flexible Arbeitszeiten, Telearbeitsplätze und die eingeführte Ferienbetreuung sind erste Schritte. Weitere Schritte müssen folgen. Gleichzeitig müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen, dort wo notwendig, angepasst werden.
- Die Organisation des Familienlebens sowie die Pflege einer Familienkultur bedürfen zeitlicher Freiräume. Hier sind insbesondere die Unternehmen, aber auch die Tarifpartner gefordert. Sie müssen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihrer ganzen Situation, also mit ihren familiären Verpflichtungen und Wünschen – sei es in der Betreuung der Kinder oder der Pflege von Angehörigen – wahrnehmen. Flexible Arbeitszeitmodelle und die Schaffung eigener Betreuungskapazitäten gehören zu einem modernen Personalmanagement. In Zeiten, in denen qualifizierte Arbeitskräfte wieder verstärkt gesucht werden, liegt dies im ureigensten Interesse der Unternehmen selbst. Der Staat soll hierbei unterstützend mitwirken und dort wo er als Arbeitgeber fungiert, weiterhin mit gutem Beispiel vorangehen. Die CDU Saar begrüßt, dass entsprechend der Elternzeit von der Bundesregierung eine Pflegezeit eingeführt wurde. Diese sieht vor, dass Arbeitnehmer für die Pflege von Angehörigen einen auf ein halbes Jahr begrenzten Ausstieg aus der Erwerbstätigkeit ohne Lohnanspruch ermöglicht wird.
- Als Familienpartei müssen wir uns der Tatsache stellen, dass manche Eltern überfordert sind und ihre Kinder vernachlässigen. Väter und Mütter sind nicht nur erziehungsberechtigt, sondern auch dazu verpflichtet, sich um die Erziehung ihrer Kinder zu kümmern. Wenn Menschen dazu nicht in der Lage sind, wird die CDU Saar dabei nicht tatenlos zusehen. Wir haben dafür gesorgt, dass der saarländische Landtag mit dem „Gesetz zum Schutz von Kindern vor Vernachlässigung, Missbrauch und Misshandlung“ die Früherkennungsuntersuchung faktisch zur Pflicht gemacht hat; damit hat das Saarland eine Vorbildfunktion für andere Bundesländer übernommen und als erstes Bundesland gesetzliche Regelungen zur Förderung der Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen sowie ein entsprechendes Überwachungssystem eingeführt. Darüber hinaus werden wir das Angebot an Maßnahmen zur Verbesserung der Erziehungskompetenz von Eltern weiter ausbauen.

6. Mehr Nachhaltigkeit in der Familienpolitik – und zwar auf allen politischen Handlungsebenen!

- Familien erbringen enorme Leistungen für die Gesellschaft. Sie sind die beste Investition in die Zukunft eines Landes. Deshalb ist Familienförderung keine Wohltat des Staates, sondern soll gerechter Ausgleich für die enormen Leistungen, aber auch die enormen Belastungen der Familien sein. Die Familienpolitik in Deutschland ist keine Politik aus einem Guss. Viele finanzielle Leistungen an Familien erfolgen unkoordiniert und zum Teil auch mit widersprüchlichen Ergebnissen. Deshalb fordert die CDU Saar von der Bundesregierung, die Überprüfung aller familienrelevanten Leistungen auf ihre Wirksamkeit hin zügig abzuschließen und zu veröffentlichen. Weiter ist zu prüfen, ob nicht alle Leistungen in einer Familienkasse zusammengefasst werden können. Des Weiteren fordert die CDU Saar die Landesregierung auf, sich weiterhin bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass typische Kinderartikel generell dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz unterstellt werden.
- Auch das Saarland unterstützt die Familien mit eigenen finanziellen Mitteln. Die CDU Saar ist sich bewusst, dass die Haushaltsnotlage den finanziellen Spielraum eng begrenzt. Sie lehnt deshalb eine Politik ab, die allen alles verspricht und dies durch Schulden zu Lasten zukünftiger Generationen finanziert. Sie fordert die Landesregierung und die Landtagsfraktion auf, die Leistungen des Landes auf ihre Wirkung zu untersuchen und gegebenenfalls andere Schwerpunktsetzungen vorzunehmen.
- Für die CDU Saar ist die auf Dauer angelegte Ehe nach wie vor unser Leitbild der Gemeinschaft von Mann und Frau. Sie ist die verlässlichste Grundlage für das Gelingen von Familie. Auch wenn eine Ehe kinderlos bleibt, übernehmen Männer und Frauen dauerhaft füreinander Verantwortung. Deshalb steht die Ehe unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Die CDU Saar spricht sich deshalb für die grundsätzliche Beibehaltung des Ehegattensplittings aus. Wir treten aber dafür ein, das Ehegattensplitting zu einem Familiensplitting zu erweitern, damit die besonderen Belastungen von Familien mit Kindern besser ausgeglichen werden können. Familien mit Kindern müssen steuerlich besser gestellt sein als Kinderlose. Zudem sollen alle Familien mit Kindern einen Splitting-Vorteil haben. Außerdem müssen die gesellschaftlichen Bedingungen so gestaltet werden, dass sich Eltern auch für mehrere Kinder entscheiden können. Eltern üben zugunsten ihrer Kinder Verzicht. Dies kommt der ganzen Gesellschaft zugute.
- Wahlfreiheit heißt aber auch denjenigen Eltern Unterstützung zu gewähren, die die Betreuung ihrer Kinder selbst übernehmen. Sie müssen in die Lage versetzt werden, ihren Kindern gleiche Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten, wie das in einer Kindertagesstätte möglich ist. Die CDU Saar fordert deshalb die Einführung eines Betreuungsgeldes für diese Gruppe. Sie fordert die Bundesregierung auf, zu prüfen, ob langfristig - nach dem entsprechenden Aufbau der Infrastruktur – das norwegische Modell „Cash for Care“ auch in Deutschland umzusetzen ist. Dieses 1998 eingeführte Modell unterstützt Eltern, die ihre Kinder im Alter von 12 bis 36 Monaten entweder allein oder nur in gemindertem Umfang (bis 31 Stunden pro Woche) durch staatlich finanzierte Einrichtungen betreuen lassen mit einer steuerfreien Pauschale. Dieses Modell darf jedoch hinsichtlich der Armutsbekämpfung keinesfalls kontraproduktiv sein und dazu führen, dass gerade den Kindern Förderung und Bildung vorenthalten wird, für die die Betreuung außer Haus notwendig ist. Die Eltern sollen frei wählen können, ob und in

welchem Umfang sie eine Betreuung ihres Kindes in Anspruch nehmen. Darüber hinaus müssen Eltern auch in der gesetzlichen Rentenversicherung grundsätzlich besser gestellt werden als kinderlose Versicherte, nicht nur durch Anrechnung von Erziehungszeiten, sondern auch durch Entlastungen auf der Beitragsseite.

- Eine erfolgreiche Strategie zur Bekämpfung von Kinderarmut muss vor allem an der Beseitigung der Elternarmut ansetzen. Wirtschaftlicher Aufschwung mit positiven Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, bei Alleinerziehenden die Möglichkeit Familie und Beruf zu vereinbaren und die Sicherstellung, dass Familien mit Kindern durch ein System von Lohn und Ergänzungsleistung gesichert leben können, all das sind Ansätze zur Bekämpfung der Kinderarmut. Die CDU Saar begrüßt in diesem Zusammenhang die Einrichtung eines Fonds für Schulessen, aus dem Kinder unterstützt werden. Gleichzeitig fordert die CDU Saar die Landesregierung auf, die auf den Weg gebrachte Bundesratsinitiative zur Anpassung der entsprechenden Sätze bei Hartz IV weiter konsequent im Bundesrat zu verfolgen.
- Finanzielle Armut führt zur Isolation der Familien und ihrer Kinder und wirkt sich häufig negativ auf die Erziehungskompetenz der Eltern aus. Dies trifft insbesondere auf die Formen „alter Armut“ bzw. der so genannten „sozial vererbten Armut“ zu. In diesen Fällen müssen die Familien begleitet und unterstützt werden. Die CDU Saar unterstützt deshalb den von der Landesregierung eingeschlagenen Weg durch ein Netzwerk an frühen Hilfen diese Kinder zu stärken und zu unterstützen. Die Wohlfahrtsverbände leisten wertvolle Hilfen vor Ort. Als Träger u. a. von Gemeinwesenprojekten sind sie mit Ihrer personellen Sozialarbeit besonders nah am betroffenen Personenkreis. Die CDU Saar sieht in der praktischen Arbeit und dem Fachwissen der Wohlfahrtsverbände und der Gemeinwesenarbeit notwendige und bedeutende Bestandteile dieser Netzwerke.
- Familie ist aber auch dort, wo Kinder Verantwortung für ihre Eltern übernehmen. Die Lebenserwartung der Menschen in unserem Land steigt. Dadurch ergeben sich auch in der Generationenbeziehung innerhalb der Familie Veränderungen. Älter werden heißt heute Vitalität, Weitergabe von Lebenserfahrung, lebenslanges Lernen, Neugier auf Neues, Bereitschaft zu familiärem, sozialem und nachbarschaftlichem Engagement. Dennoch liegt am Ende des Lebens häufig ein Lebensabschnitt, in dem der oder die Einzelne alters- und krankheitsbedingter Hilfe bedarf. In diesen Fällen sind es auch heute noch überwiegend die Familien, und hier insbesondere die Frauen, die diese Pflege übernehmen. Deshalb brauchen wir Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur mit Blick auf die Erziehung der Kinder, sondern auch mit Blick auf die Pflege von Angehörigen. Auch hier brauchen Familien flexible Arbeitsbedingungen und -zeiten um den Wunsch der meisten Angehörigen nach einer häuslichen Pflege erfüllen zu können.